

Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik

Der FDGB vor und nach 1990

Detlev Brunner

Am 15. Juni 1945 veröffentlichte der »Vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin« einen Aufruf zur Errichtung freier Gewerkschaften. Obwohl sein Aktionsradius auf Berlin begrenzt war und die ersten zentralen Delegiertenkonferenzen für Berlin und für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) erst im Februar 1946 stattfanden, gilt der 15. Juni 1945 gemeinhin als Gründungstag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) (Brunner 2000, S. 38–95).

Tatsächlich nahm der Berliner Gründungsausschuss mit seinen programmatischen Vorgaben zum Aufbau einer in 17, dann 18 Verbände untergliederten Einheitsorganisation entscheidenden Einfluss auf den Gewerkschaftsaufbau in der SBZ. Bei allen frühzeitig zutage tretenden Besonderheiten der Entwicklung in Berlin und in der SBZ, vor allem was den kommunistischen Einfluss anlangt, gruppierten sich die Gewerkschaftsgründungen in den östlichen Regionen des besetzten Deutschlands in eine allgemeine Entwicklung seit Kriegsende ein. Überall in Deutschland entstanden gewerkschaftliche Gründungskreise; Gewerkschaften mit unterschiedlichen Namen wurden ins Leben gerufen, als erste der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« in Aachen schon am 18. März 1945, also noch knapp zwei Monate vor der deutschen Kapitulation.

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft war allgemein verbreitet, auch wenn damit unterschiedliche politische Strategien verbunden waren. Zunächst diskutierten die Gewerkschaften aus Ost und West in »Interzonenkonferenzen« noch über das Ziel einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung; nach der letzten gescheiterten Konferenz vom 17./18. August 1948 wurde dieses Ziel aber illusorisch (Interzonenkonferenzen 2007). Die Wege, die die Gewerkschaftsorganisationen der Westzonen einerseits und der SBZ andererseits in den unterschiedlichen, sich bald feindlich gegenüberstehenden Staats- und Gesellschaftssystemen einschlugen, waren bis auf Weiteres nicht mehr miteinander vereinbar.

Die vom FDGB geprägten Erinnerungskulturen und die Erinnerungen an den FDGB können unter den Bedingungen der Teilung Deutschlands und des Niedergangs des FDGB im Zuge des demokratischen Umbruchs in der DDR unter sehr unterschiedlichen, ja, gegensätzlichen Perspektiven beschrieben werden. Dieser Beitrag versucht sowohl Erinnerungspolitik und Erinnerungskulturen des FDGB als auch Erinnerungen an den FDGB zu thematisieren. Angesichts des sehr lückenhaften Forschungsstandes kann dies nur aspektweise geschehen.

75 Jahre

Im Jahr 2020 jährte sich nicht nur das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 75. Mal, sondern auch die Wiedergründung der Gewerkschaften nach zwölf Jahren Verbot und Verfolgung durch die Nazi-Diktatur in den Jahren 1933 bis 1945. Angesichts der durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen konnten zahlreiche Gedenk- und Jubiläumsveranstaltungen nur in reduzierter, oft digitaler Form stattfinden oder sie fielen gänzlich aus. Die sehr spärliche Erinnerung an die Gewerkschaftsgründungen lässt sich jedoch kaum mit der wegen Covid-19 begrenzten Öffentlichkeit allein begründen. Es scheint, als wäre vor allem die Erinnerung an die Gründungsgeschichte des FDGB aus dem Blickfeld geraten. Ein stichprobenhafter Blick in die Medien offenbart vor allem Leerstellen.

Gunter Lange hat am 24. April 2020 auf der Webseite des DGB einen Beitrag veröffentlicht, der die Entwicklung in allen Besatzungszonen beschreibt (Lange 2020). In lokalen Medien erinnerten Artikel an die Gründungen des Jahres 1945, neben den *Aachener Nachrichten* beispielsweise auch die *Main-Post* zur Gründung des »Freien Gewerkschaftsbundes« im fränkischen Schweinfurt im November 1945 (Aachener Nachrichten 2020; Eichler 2020). Aber wie steht es mit der Erinnerung an 75 Jahre FDGB?

Am 13. Juni 2020 erschien im *Neuen Deutschland* ein Interview mit Annelis Kimmel, 1979 bis 1989 Vorsitzende des FDGB-Bezirksvorstands (Ost-)Berlin und im November/Dezember 1989 kurzzeitig Vorsitzende des FDGB (Vesper 2020). Mit ihr hat das Blatt eine Gesprächspartnerin gewählt, die auf den FDGB einen apologetischen Blick wirft. Kimmel ist Vorsitzende des Vereins Freie Deutsche Gewerkschaften e. V., der bislang mit Leistungsbilanzen des FDGB aufgewartet hat und die »Zerschlagung« der Gewerkschaften respektive des FDGB im Jahre 1990 beklagt (Schneider 2013, S. 1; Koch 2017). In einer Stellungnahme zu 75 Jahre Gewerkschaftsgründung stellt der Verein fest:

»Die Gewerkschaften im Osten Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1990 waren und bleiben ein bedeutendes Phänomen, eine in ihrer Vielfalt und Wirkungskraft einmalige gewerkschaftliche Errungenschaft sowie eine Bereicherung und Fortschreibung der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung« (Koch 2017, S. 14).

Die mediale und wissenschaftliche Wirksamkeit dieser von ehemaligen FDGB-Funktionären getragenen Vereinigung ist beschränkt. Aber wer erinnert sich sonst noch an den FDGB? Und wie? Und welche Erinnerungskultur prägte der FDGB selbst?

Bestandsaufnahme

Seit den 1990er Jahren setzte in der Zeitgeschichtswissenschaft ein Boom der ehemals eher peripheren DDR-Forschung ein. Schwerpunkte waren zunächst Themen des Herrschaftssystems, der Institutionen der Diktatur und Repression. Der FDGB als Forschungsgegenstand war von diesem Boom nur am Rande berührt. Gleichwohl sind die allgemeinen Linien der Geschichte des FDGB und seiner Industriegewerkschaften und Gewerkschaften bekannt. Auch zur Funktionsweise des FDGB im politischen Feld wie im Bereich der Lohn- und Sozialpolitik sowie in seinem Wirken auf Betriebsebene liegen seit geraumer Zeit Studien vor (z. B. Hübner 1995; Kleßmann 2007; Hürtgen 2005; Gill 1989; Stadtland 2001; Hildebrandt 2010; Schuhmann 2006; Brunner 2000).

Welche Erinnerungskultur der FDGB selbst geprägt hat und welche Bedeutung er in der Wahrnehmung und Erinnerung der Beschäftigten und Mitglieder einnahm, ist jedoch weitgehend unerforscht (erste Ansätze in Brunner/Hall 2014; das dieser Veröffentlichung zugrunde liegende Interviewprojekt war auf die Zeit ab 1989/90 konzentriert; die DDR-Vergangenheit der Befragten war ein Aspekt; zur gewerkschaftlichen Erinnerungsgeschichte sowie zum Forschungsstand siehe Brunner/Hall 2014, bes. S. 13 f.; Berger 2015, S. 13–43). Dies ist angesichts der umfassenden sozialen und kulturellen Aufgaben der DDR-Gewerkschaften ein erstaunlicher Befund.

Erinnerungspolitik des FDGB

»Einheit« war der Gründungsmythos des FDGB. Angesichts der Verfolgung in der Nazi-Diktatur und des Widerstandskampfes, an dessen Spitze die KPD gestanden habe, und in den sich sozialdemokratische, christliche und parteilose Gewerkschafter eingereiht hätten, sei die »antifaschistische Einheit« geboren und

gewachsen, der Gedanke der Einheitsgewerkschaft sei eine der »Lehren«, die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung gezogen worden sei. Diese Spaltung wurde – übrigens keineswegs nur seitens der KPD – als ein Grund für die Machtübernahme der Nationalsozialisten gesehen. Für den Aufbau eines neuen Deutschlands wurde die »Einheit« der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften als Fundament schlechthin angesehen.

Bei allem kommunistischen Dominanzanspruch zeigte sich in der frühen Formierungsphase des FDGB eine erinnerungspolitische Offenheit. Schon der Gründungsaufwurf vom 15. Juni 1945 war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den kommunistischen Mitgliedern des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses und den sozialdemokratischen und christdemokratischen Vertretern dieses Gremiums. Wenn es nach den KPD-Funktionären gegangen wäre, wäre die Schuldzuweisung an die Gewerkschaftsführung des Jahres 1933 wegen ihres Aufrufs zur Teilnahme an dem unter Nazi-Regie veranstalteten 1. Mai deutlich stärker ausgefallen, als es die Formulierung vom 1. Mai 1933 als den »schwärzesten Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung« zum Ausdruck brachte (Brunner 2000, S. 43–47).

In den vom FDGB herausgegebenen Schulungsmaterialien und Rednerdispositionen der Jahre 1945/46 waren keine einseitigen Schuldzuweisungen für die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 enthalten, wie sie üblicherweise von kommunistischer Seite gegen die »rechten« Gewerkschaftsführer vorgebracht wurden. Die zweite Ausgabe dieser Materialien vom September 1945 zitierte ausgerechnet die Zeitung der CDU, *Neue Zeit*, die in ihrer Ausgabe vom 2. August 1945 die Verantwortung der gesamten organisierten Arbeiter-schaft für die NS-Machtübernahme hervorgehoben hatte (FDGB 1945, S. 2 f.). Dies schloss auch die Kommunisten mit ein. Kritik an der kommunistischen Gewerkschaftsopposition vor 1933 wurde ebenfalls geübt – so in Schulungsmaterialien im Juli 1946. Darin hieß es, die Gewerkschaftsopposition sei zwar ehrlich bemüht gewesen, habe es aber durch ihr Verhalten erschwert, »die unerlässlichen Voraussetzungen einer Gewerkschaftseinheit zu schaffen«. Dass sie »in ihrer praktischen Arbeit [...] den Hauptstoß nicht immer gegen die kapitalistische Klasse«, sondern »manchmal« gegen »die reformistischen und sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaftsbewegung« geführt habe, hätten viele »fortschrittliche Gewerkschaftler« instinktiv als falsch erkannt (FDGB 1946, S. 22).

Diese Gedanken stammten von Karl Fugger, KPD-Mitglied seit 1919, Leiter der Abteilung Schulung beim FDGB-Bezirksvorstand Berlin und ab Oktober 1948 in gleicher Funktion beim Bundesvorstand. Diese Einschätzungen, die Fugger in seinem 1949 erschienenen Buch zur Geschichte der Gewerkschafts-

bewegung wiederholte, waren auch der Grund dafür, dass er im Sommer 1950 wegen »ideologischer Schwächen« seine Position aufgeben musste und zu einem Besuch der Parteihochschule delegiert wurde. Danach wurde er als stellvertretender Direktor der FDGB-Gewerkschaftsschule in Bernau eingesetzt (Brunner 2000, S. 367; Fugger 1949, S. 189–195).

Die relative Offenheit in der frühen Erinnerungspolitik des FDGB ging mit jener Entwicklung zu Ende, in der sich die Gewerkschaft zur »Massenorganisation« der mittlerweile stalinistisch gewendeten SED deformierte. Spätestens seit Beginn der 1950er Jahre pflegte der FDGB ein dogmengleiches Narrativ. Von einer Mitverantwortung der KPD war keine Rede mehr; nun galt, dass die aus dem »Verrat« der »rechten« Gewerkschaftsführungen 1932/33 und dem von der KPD dominierten Widerstandskampf resultierende »Einheit« der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Form der SED und des FDGB die historische Mission sei, die in der DDR umgesetzt worden war.

Zum Ende der 1980er Jahre zeigten sich allerdings Modernisierungstendenzen in der Geschichtsvermittlung, wobei das Fundament des Narrativs nicht grundsätzlich in Zweifel gezogen wurde. Ausgehend von der Bernauer Gewerkschaftshochschule, namentlich dem Leiter der Forschungsgruppe Geschichte, Heinz Deutschland, wurden 1987 Vorschläge einer Modernisierung der »Geschichtspropaganda« unterbreitet. Es ging um die Abkehr von bisherigen Agitationsformen und um die Vermittlung an eine Generation, die sich von den Traditionsbezügen der Arbeiterbewegung nur noch unzureichend angesprochen fühlte. Durch eine adäquate Schilderung der Vergangenheit sollte das Erreichte hervorgehoben und der FDGB als jene Organisation wahrgenommen werden, die den Sozialismus in der DDR mit aufgerichtet hatte.

Verbunden mit diesen Forderungen nach didaktischer Neuerung war auch eine – vorsichtige – Abkehr von bisherigen »Verengungen«: Der »Reformismus« der Gewerkschaften vor 1933 sollte nicht mehr a priori als Klassenverrat gebrandmarkt werden, wie Deutschland 1986 formulierte. All dies sollte auch den Kontakt mit den bundesrepublikanischen Gewerkschaften erleichtern beim Bemühen, »in brennenden Fragen der Gegenwart zu Übereinstimmungen zu gelangen« (Brunner 2015a, S. 185). Eingebettet war diese Wendung in die schließlich gescheiterten Bemühungen von SED und SPD, zu einem Dialog jenseits ideologischer Verkrustungen zu gelangen (»Streitpapier« 1987). Der von Heinz Deutschland in diesem Zusammenhang anvisierte dauerhafte Dialog von Gewerkschaftshistorikern beider deutscher Staaten kam aufgrund der Ereignisse des Jahres 1989 nicht mehr zustande.

Der »westliche« Blick und die Entspannung

In den Gewerkschaften der Westzonen gab es frühzeitig die Einschätzung, dass es sich beim FDGB und seinen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften um Instrumente der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED handele (Brunner 2000, S. 203). Spätestens als der FDGB auf seinem dritten Kongress 1950 die Führungsrolle der SED anerkannt und sich in den Dienst der Planerfüllung gestellt hatte, war in der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik die Haltung verbreitet, dass der FDGB und seine Industriegewerkschaften den Anspruch einer Interessenvertretung der arbeitenden Menschen aufgegeben hatten.

Der FDGB wurde als »Staatsgewerkschaft« gesehen, die die Aufgabe hatte, die Politik der SED umzusetzen – kommunistische Massenorganisation statt unabhängige Interessenvertretung. Vor allem die sich zum Aufstand steigernden Streiks im Juni 1953 unterstrichen diese Sicht. Der FDGB hatte die SED-Politik der Normenerhöhung, die den Anlass der Arbeiterproteste bot, ohne Wenn und Aber vertreten. Es waren hingegen Stimmen aus den Industriegewerkschaften, insbesondere aus der IG Bau-Holz und der IG Metall, die hier gewerkschaftliche Akzente der Interessenvertretung setzten und dafür gemäßregelt wurden. Dies war ein weiterer Beleg dafür, dass der Einsatz für die Belange der Beschäftigten mit Repression beantwortet wurde (Hildebrandt 2010, S. 77 f.).

Im Zuge der Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren und der damit einhergehenden Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen veränderte sich der westdeutsche Gewerkschaftsblick auf die DDR-Gewerkschaften wie auch umgekehrt die Einschätzung der Westgewerkschaften durch den FDGB.

»Im FDGB, seinen IG/Gew[erkschaften], wurde immer mehr von der absurden Einschätzung abgerückt, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften in der BRD reformistische Organisationen und somit keine echten Interessenvertreter seien. Im DGB und den Einzelgewerkschaften wiederum gewann die Erkenntnis an Boden, daß der FDGB, seine IG/Gew., nicht schlechthin »Staatsgewerkschaften«, der »verlängerte Arm der Partei«, »Nichtgewerkschaften« sind, sondern unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen durchaus aktive Interessenvertretung betreiben« (Deutschland 1993).

Die gewerkschaftliche Entspannungspolitik führte zu vermehrten Kontakten vor allem in den 1980er Jahren, bis ins Jahr 1989 hinein (Müller 2018). Den Schlusspunkt bildete der Besuch des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch beim DGB-Vorsitzenden Ernst Breit vom 12. bis 15. September 1989, ein zwar lange geplantes, doch angesichts der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung groteskes Zusammentreffen, bei dem Tisch Reformen in der DDR abgelehnt und sich abfällig über die Ausreisenden aus der DDR geäußert hatte. Von Journalisten auf

die Ausreisewelle angesprochen, sprach Tisch am 12. September 1989 von einer »Schlamm Schlacht«, an der er sich nicht beteilige; Gespräche mit ausgereisten DDR-Bürgern lehnte er ab – sie hätten ja in der DDR mit ihm sprechen können (Lausch/Holler 1989; Eckelmann/Hertle/Weinert 1990, S. 116). In der abschließenden Erklärung betonten beide Delegationen, dass sich »die Beziehungen zwischen dem DGB und dem FDGB gemäß der Vereinbarung von 1987 positiv entwickelt« hätten (Fichter/Kurbjuhn 1993, S. 70).

Diese Vereinbarung hatten DGB und FDGB im Mai 1987 geschlossen, und sie betraf die Einladung einer FDGB-Delegation in die Bundesrepublik im Jahr 1989, diverse Delegationsaustausche sowie kulturellen Austausch (Ruhrfestspiele/Arbeiterfestspiele) (FDGB/DGB 1987). Ernst Breit hatte vor dem DGB-Bundesvorstand am 2. Juni 1987 das Verhältnis zum FDGB positiv eingeschätzt: »Mir scheint, daß zwischen DGB und FDGB gute und solide Beziehungen herangewachsen sind«. Es habe sich gezeigt, dass auch über »strittige oder sensible Punkte« wie die Berlin-Frage offen diskutiert werden könne (Breit 1987).

Ein neues Narrativ?

Im Dezember 1989 betonte Ernst Breit, keine Gesellschaftsordnung könne für sich beanspruchen, demokratisch zu sein, wenn sie freie und unabhängige Gewerkschaften mit dem Recht auf Streik nicht zulasse. Gerade in der sich anbahnenden Phase wirtschaftlicher Umgestaltung seien freie und unabhängige Gewerkschaften für den Schutz der arbeitenden Menschen notwendig. Was diese nicht gebrauchen könnten, »sind parteiabhängige Überbürokratien, die sich aufs Jasagen und auf die Vergabe von Ferienplätzen und die Verwaltung sozialer Leistungen beschränken«. Es werde sich zeigen, »ob die organisatorischen Gebilde, die sich Gewerkschaften nennen, zu funktionierenden wirklichen Gewerkschaften umgestaltet werden können« (Breit 1989/2010, S. 109).

Wie sich die von Heinz Deutschland vorgeschlagene Öffnung der FDGB-Geschichtspolitik – auch im Dialog mit westlichen Gewerkschaftsforschern – gestaltet hätte, bleibt spekulativ. Unter den Bedingungen der Friedlichen Revolution und den in den Gewerkschaften der DDR einsetzenden demokratischen Reformbestrebungen wandelte sich die Wahrnehmung des FDGB. Was zu Zeiten der Entspannungspolitik im geteilten Deutschland von bundesrepublikanischer Seite als erfolgreiche Schritte des Dialogs und der Annäherung gedeutet worden war, war nun angesichts der rasanten Entwicklungen keine Handlungsoption mehr.

Eine bislang pragmatisch geprägte, positive Sicht auf den FDGB wich der Wahrnehmung eines alter Macht verhafteten, reformunfähigen Apparates – der

FDGB also doch eine parteiabhängige »Staatsgewerkschaft«, die keine Interessenvertretung der arbeitenden Menschen gewährleisten konnte. Das Agieren seiner führenden Funktionäre in den Herbstmonaten des Jahres 1989 bestätigte diese Wahrnehmung. Bei den Reformkräften, die aus den Betrieben und auch in den sich vom FDGB emanzipierenden Industriegewerkschaften und Gewerkschaften entstanden, geriet dieser zur Negativfolie – ein in Agonie erstarrter Koloss, der dem Untergang geweiht war und im September 1990 schließlich aufgelöst wurde.

Angeichts dieser Geschichte des Scheiterns war eine wie auch immer positiv geprägte Erinnerungskultur kaum vorstellbar. Das Narrativ ab 1990 lautete: Die Übernahme des westdeutschen Gewerkschaftsmodells ist das einzig Erfolg versprechende Modell unter den Bedingungen sozialer Marktwirtschaft. Die Beurteilung der FDGB-Vergangenheit fiel dagegen ausnahmslos negativ aus: der FDGB als Erfüllungsgehilfe der SED-Diktatur, personalisiert durch Harry Tisch, Mitglied des Politbüros, der wegen Veruntreuung 1990 in Haft kam und auch verurteilt wurde (Dowe/Kuba/Wilke 2009).

Differenzierte Sichten

Der FDGB als zentralistische Organisation steht für die strukturelle Hierarchie, bildet jedoch die Vielfalt gewerkschaftlichen Handelns in der DDR nicht ab. Seitens der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, die dem FDGB mangels finanzieller Autonomie und aufgrund des Prinzips des demokratischen Zentralismus untergeordnet waren, zeigten sich bereits zu Zeiten der DDR Bestrebungen, gegen dieses zentralistische Prinzip zu handeln. Beispiele sind die Stellungnahmen von Industriegewerkschaften und Gewerkschaften zu den Streiks und Protesten in den Juni-Tagen des Jahres 1953 (Eckelmann/Hertle/Weinert 1990, S. 18–34); auch die Proteste der IG Bergbau gegen das mit unzumutbarer Mehrarbeit verbundene, nach dem Mauerbau 1961 propagierte »Produktionsaufgebot« zählen zu diesen Beispielen gewerkschaftlicher Interessenvertretung (Brunner 2018, S. 122).

Im Zuge der Emanzipation der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften vom FDGB seit Ende 1989 ist ein Prozess erkennbar, in dem die Einzelgewerkschaften verstärkt auf die eigene Geschichte und gewerkschaftliche Tradition blickten. Insbesondere die IG Bau-Holz und deren langjähriger Vorsitzender Lothar Lindner waren bemüht, ein Bild zu zeichnen, das bei aller politischen und ideologischen Einbindung gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Beschäftigten dokumentiert. Das Gewerkschaftsleben habe auch eine andere Seite gehabt:

Die Sorgen der Mitglieder, persönliche Belange, Auseinandersetzung mit Bürokratismus. »Doch es ging auch um das gesellige und kollegiale Zusammensein in den Gewerkschaftsgruppen der Arbeitskollektive, wofür die Industriegewerkschaft eintrat« (Lindner/Hunger 1997, Bd. 1, S. 10).

Für eine differenzierte Sicht warb auch Peter Witte, Vorsitzender der IG Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft in der DDR, von 1991 bis 1996 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der gesamtdeutschen IG Bergbau und Energie, im Jahr 1996 auf einer Gewerkschaftskonferenz zur FDGB-Geschichte. Man dürfe »nicht alles schwarz und/oder weiß malen, es gibt auch sehr viele gemischte Farbtöne, die das Gesamtbild ausmachen«. Der FDGB und seine Mitglieder, der FDGB-Bundesvorstand oder die Zentralvorstände der IGs und die Vertrauensleute in den Betrieben seien »nicht ein und dasselbe« gewesen (IG Chemie-Papier-Keramik/IG Bergbau und Energie/Gewerkschaft Leder 1996, S. 12). Peter Witte kam aus der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit; für ihn und »für viele von uns im Energiekombinat« sei es »völlig belanglos« gewesen, wer da an der Spitze des FDGB gestanden habe, »ob da nun Harry Tisch oder Annelis Kimmel oder wer auch immer da residierte«.

»Wir hatten unseren BKV [Betriebskollektivvertrag], den haben wir heiß diskutiert, wenn die Vertrauensleutenvollversammlung war, oder haben es im Vorfeld versucht zu machen. Über den RKV [Rahmenkollektivvertrag] haben wir [uns] schon kaum mehr den Kopf zerbrochen, weil der wurde irgendwo da oben beschlossen und der war dann da. Viel Spielraum gab es sowieso nicht« (Brunner/Hall 2014, S. 56).

Die Gewerkschaften im DGB haben sich in ihren seit 1990 publizierten Jubiläumsbänden der Geschichte ihrer Pendants in der DDR in sehr unterschiedlichem Ausmaß zugewandt. Am intensivsten tat dies die IG Bau-Steine-Erden anlässlich 125 Jahre Baugewerkschaften; ein ausführliches Kapitel des Jubiläumsbands war der Entwicklung der IG Bau-Holz in der DDR von ihren Anfängen bis zur »Wende« im Herbst 1989 und zur Einheit der Baugewerkschaften im Oktober 1990 gewidmet. Tenor auch hier: Jenseits der Bevormundung und ideologischen Gängelung durch den FDGB habe das Gewerkschaftsleben in der DDR unterhalb der politischen Ebene eine weit wichtigere Funktion für die Werktätigen gehabt, »die Regelung der täglichen Probleme rund um den Arbeitsplatz und Betrieb« (Kohl 1993, S. 260). Dass sich die Industriegewerkschaften in der DDR vom FDGB distanzieren und auf ein eigenständiges Profil bedacht waren, stand natürlich mit jener Entwicklung in direktem Zusammenhang, in der der FDGB im Laufe des Jahres 1990 von den Industriegewerkschaften Zug um Zug entmachtet und schließlich aufgelöst wurde.

Andere Gewerkschaften wie die IG Chemie-Papier-Keramik und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff gingen auf die Entwicklung in der SBZ/DDR immerhin, wenn auch kurz, ein (Grebing/Hemmer/Christmann 1993; Weber 1990). In einer jüngst erschienenen Geschichte der IG Metall heißt es hingegen apodiktisch: »In Ostdeutschland kam es nie zu einer ›Gewerkschaftsgeschichte‹, die diesen Namen verdient« (Kittner 2019, S. 161). Eine derartige Sicht blendet die Realität gewerkschaftlichen Handelns in der DDR aus, die zweifelsohne nicht mit dem Charakter gewerkschaftlicher Arbeit in westlichen, kapitalistischen Ländern vergleichbar war. Der begrenzte Einfluss auf Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen war offenkundig und wurde im Zuge der demokratischen Revolution ab 1989 schonungslos kritisiert, am radikalsten von jener bürgerbewegten »Initiative für unabhängige Gewerkschaften« (IUG), die dem FDGB in ihrem von dem Dramatiker Heiner Müller auf der Großdemonstration in Berlin am 4. November 1989 verlesenen Aufruf bescheinigte, als Interessenvertretung 40 Jahre lang komplett versagt zu haben (Initiative für unabhängige Gewerkschaften 1989).

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der DDR erinnerten sich in Interviews der Jahre 2012 und 2013 an eine gewisse Bedeutungslosigkeit ihrer Arbeit. Peter Praikow, Vorsitzender der neu gegründeten Postgewerkschaft in der DDR, fiel es in einem Gespräch am 30. November 2012 schwer, zu rekonstruieren, was er in seiner Funktion als Jugendsekretär in der IG Transport und Nachrichtenwesen überhaupt gemacht hatte: »Das ging in Richtung der Bedeutungslosigkeit« (Brunner/Hall 2014, S. 54). Gewerkschaftsarbeit sei »Selbstzweck« gewesen, »Schmoren im eigenen Saft«, so die rückblickende Einschätzung von Sieglinde Merbitz, bis 1989 Mitarbeiterin im Büro des Vorsitzenden des FDGB-Bezirksvorstandes Leipzig und anschließend stellvertretende Vorsitzende des Bezirksvorstandes der IG Metall (Leipzig). Man habe sich den »Mund fusselig« geredet, aber »im Prinzip stand die Beschlussvorlage, so und so ist abzustimmen, sowieso schon fest« (ebd., S. 55).

Die Möglichkeiten, auf betrieblicher Ebene Interessen zu vertreten, werden im Rückblick unterschiedlich eingeschätzt. Der Betrieb wird als eine Ebene geschildert, auf der die gewerkschaftlichen Funktionäre Druck ausüben konnten. »Man konnte also auch, wenn ein Bauleiter die Leute schlecht behandelt hat, dann konnte man selbst die Initiative ergreifen, konnte die vor die Konfliktkommission zerren, das war so ein betriebliches Gericht, ja. Und da haben die auch Bammel vor gehabt, das wollten die nicht« (Interview Peter Schulze, 23.5.2013, Transkript S. 37 ff.; Brunner/Hall 2014, S. 51; Schulze war 1982 Vertrauensmann einer Brigade, ab 1983 Mitglied der BGL, ab 1985 Vorsitzender der BGL des Kombinatbetriebes Industriebau Wernigerode. 2007–2015 Regionalleiter der IG

BAU Sachsen-Anhalt/Thüringen). Diese Erinnerung an gewerkschaftliche Interessenvertretung auf Betriebsebene ist – bei allen Begrenzungen – kein Einzelfall:

»Also ich sage mal, der durchschnittliche Vertrauensmann oder die durchschnittliche Vertrauensfrau in der DDR, die hat Gewerkschaft so ähnlich verstanden, obwohl sie von Staats wegen die Möglichkeiten überhaupt nicht hatte, wie der Vertrauensmann im Westen. Der hat die Gewerkschaft auch nicht verstanden als Transmissionsriemen der Partei oder so, sondern war immer der Meinung: ›Ich bin jetzt hier euer Vertrauensmann, oder ich bin hier euer BGLer, und ich kümmer mich jetzt da mal drum. Und wenn die Norm zu hoch ist, dann gehe ich jetzt mal zum Meister und sag: ›So geht das nicht! Ihr werdet hier ausgebeutet‹, oder so in dieser Richtung, ja. Dass dann in dem Moment, wenn der Meister abgeblockt hat, seine Rechte zu Ende waren, dann hat er gesagt: ›So, geht nicht anders, Leute, ja.« Und dann war er genauso viel gefrustet wie seine Mitglieder« (Interview Jutta Schmidt, 25.10.2012, Transkript S. 39; Brunner/Hall 2014, S. 56; Schmidt war 1989 Mitglied des »Neuen Forums« und BGL-Vorsitzende des Instituts für Halbleiterphysik/Frankfurt/Oder, ab 1992 stellvertretende Vorsitzende der ÖTV).

Gewerkschaft als lebensweltliche Erfahrung

Der FDGB und seine IGs und Gewerkschaften waren in die offizielle Hierarchie von Partei und Massenorganisationen fest eingebunden. Dass sich jenseits der damit verbundenen Funktionsbeschreibungen Wege des Interessenausgleichs ergaben, etwa in der Festlegung und Erfüllung der Pläne auf Betriebsebene, ist beschrieben worden (Brunner 2018, S. 126 ff.). FDGB und Gewerkschaften bedeuteten in der DDR jedoch weit mehr als die Aushandlung von Arbeitsbedingungen und Tarifen. Die Rolle als Organisator und Förderer gesellschaftlichen und kulturellen Lebens ging darüber weit hinaus. Das bedeutet nicht, dass an Traditionen angelehnte Rituale und der Bezug auf eine ideologisch konstruierte Arbeiterbewegungsgeschichte obsolet geworden wären. Im Gegenteil. Doch nicht nur in der offiziellen »Geschichtspaganda«, sondern auch im Erinnern haben die Rituale ihren Platz.

»Ich sage mal, wichtig war eben für mich, dass die Gewerkschaft ja eigentlich ihren festen Platz in der Gesellschaft hatte, auch wenn es manchmal ein bisschen anders gesehen wurde, weil ja mehr oder weniger auch so eine hundertprozentige Mitgliedschaft fast gegeben war, weil es gab ja auch, und das ist für mich immer noch ein bewegender Hintergrund, dass man ja zu Lehrbeginn den [...] Lehrlingen in einer Feierstunde auch die Gewerkschaftsbücher feierlich übergeben hat« (Transkript Interview Gerhard Weise, 23.5.2013, S. 5 f.; Brunner/Hall 2014, S. 52; Weise war ab 1984 Vorsitzender der BGL im Bau- und Montagekombinat Magdeburg).

Die FDGB-Mitgliedschaft als fester Bestandteil der Gesellschaft – aus westlicher Sicht häufig als totalitäres Element der DDR-Gesellschaft gesehen – war für das Funktionieren der DDR-Gesellschaft eine sehr grundsätzliche Voraussetzung. Dies galt für die vom FDGB verwaltete Sozialversicherung, die in anderen Systemen staatlichen oder selbstverwalteten Institutionen vorbehalten blieb und bleibt, und die sich deshalb als erinnerungskultureller Gegenstand womöglich weniger eignet. Wer pflegt schon die Erinnerung an bürokratische Abläufe?

Anders verhält es sich bei den anderen vielfältigen Aufgabenbereichen des FDGB:

»Das hatte ja auch andere Seiten, also die Gewerkschaften waren ja zu DDR-Zeiten auch, unter anderem, in die Wohnungsvergabe mit involviert, in die Vergabe von Ferienplätzen mit involviert, sodass man also auch als Gewerkschaftsmitglied nicht nur seinen Beitrag bezahlt hat und an den Gewerkschaftsversammlungen teilgenommen hat, sondern eben auch in diesem sozialen Kontext ja mit partizipiert hat« (Interview Eva-Maria Stange, 6.6.2013, Transkript S. 6; Brunner/Hall 2014, S. 53; Stange war 1989 Lehrerin an einer Polytechnischen Oberschule, ab 1991 an einem Gymnasium, 1997–2005 Vorsitzende der GEW).

Der FDGB war umfassend in Freizeit, Kultur und Sport engagiert. Er vergab die nationalen Pokale im Fußball sowie in anderen sportlichen Disziplinen (darunter Handball). Wie weit all dies von den Sport- und Kulturbeteiligten mit dem FDGB verbunden wurde, ist bislang nicht erforscht.

Am stärksten in der Erinnerung präsent ist der FDGB-Ferendienst, der am 20. März 1947 als gewerkschaftliche Sozialeinrichtung zur Vermittlung von Urlaubsreisen gegründet wurde und damit unter anderem an Tourismusvereinigungen der Arbeiterbewegung vor 1933 anknüpfte (Naturfreunde). Parallelen zur nationalsozialistischen Freizeit- und Urlaubsorganisation »Kraft durch Freude« (KdF) werden in der wissenschaftlichen Rezeption kontrovers beurteilt. Die spärlich vorliegende Literatur zum FDGB-Ferendienst spart die erinnerungsgeschichtliche Perspektive weitgehend aus (Schaufuß 2011), konzentriert sich auf die politische Funktion des Feriendienstes und zieht dabei einen unkritischen und unzutreffenden Vergleich mit der NS-Tourismus-Organisation »Kraft durch Freude« (Hachtmann 2012; Spode 1996). Am 20. März 2017 präsentierte der Deutschlandfunk Kultur einen Beitrag anlässlich der Gründung des FDGB-Feriendienstes vor 70 Jahren (Heckmann-Janitz 2017). Auch im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) waren 2020 diverse Beiträge zum Thema sowie historische Ausschnitte aus DDR-TV-Sendungen zu sehen (MDR 2020).

Der FDGB war darüber hinaus der mit Abstand größte Förderer des Internationalen Solidaritätsfonds der DDR. Seine internationale Solidarität war zwei-

felllos ritualisiert, aber offenbar dennoch für das Selbstverständnis der Mitglieder wesentlich. So gab es 1982 gegen einen Beschluss des ZK der SED, internationale Spenden des FDGB zu reduzieren, erheblichen Unmut unter den Gewerkschaftsmitgliedern – die Mitglieder wollten nicht weniger spenden –, mit der Folge, dass dieser Beschluss zurückgenommen wurde (Brunner 2015b, S. 72). Welche Bedeutung derartige Vorgänge für die Erinnerungsgeschichte des FDGB haben, ist unerforscht.

Ausblick

Erinnerungskultur und Erinnerungsgeschichte des FDGB und der Gewerkschaften in der DDR sind bislang weitgehend unerforschte Gebiete. Vor allem der FDGB scheint als historischer Gegenstand des Scheiterns der Erinnerung allenfalls im Negativen wert. Seine unstrittige Funktion als einer Gewerkschaft in einem von einer Partei geleiteten politischen und gesellschaftlichen System sollte jedoch nicht den Blick auf die gewerkschaftlich mitgestaltete, lebensweltliche Realität verstellen. Die Forschung unter einer solchen Perspektive steht auch 30 Jahre nach dem Ende der DDR am Anfang.

Literatur und Quellen

- Aachener Nachrichten (2020): Wiedergeburt in einer völlig zerstörten Stadt. Aachener Nachrichten, 17.3.2020, www.aachener-nachrichten.de/wirtschaft/wiedergeburt-in-einer-voellig-zerstoerten-stadt_aid-49606061 (Abruf am 3.5.2021).
- Berger, Stefan (2015): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte – einige einleitende Bemerkungen. In: Berger, Stefan (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945. Essen: Klartext, S. 13–43.
- Breit, Ernst (1987/2010): Ernst Breit zum TOP 8: Verschiedenes der 10. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 2. Juni 1987 in Düsseldorf über den Besuch der Delegation des DGB in der DDR. In: Hemmer, Hans-Otto (Hrsg.): Ausgleich mit Augenmaß. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Breit, Ernst (1989/2010): Rede bei der 13. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz des DGB am 5. Dezember 1989 in Berlin. In: Hemmer, Hans-Otto (Hrsg.): Ausgleich mit Augenmaß. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Brunner, Detlev (2000): Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre. Essen: Klartext.

- Brunner, Detlev (2015a): Mythos »Einheit«. 1933 und die Erinnerungspolitik des FDGB. In: Berger, Stefan (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945. Essen: Klartext, S. 175–189.
- Brunner, Detlev (2015b): DDR »transnational«. Die internationale Solidarität der DDR. In: Gallus, Alexander/Schildt, Axel/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte – transnational. Göttingen: Wallstein, S. 64–80.
- Brunner, Detlev (2018): »Plane mit, arbeite mit, regiere mit«. Planung und Gewerkschaften in der DDR. In: Seefried, Elke/Hoffmann, Dierk (Hrsg.): Plan und Planung. Deutsch-deutsche Zugriffe auf die Zukunft. Berlin: De Gruyter, S. 118–130.
- Brunner, Detlev/Hall, Christian (2014): Revolution, Umbruch, Neuaufbau. Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR. Berlin: Bebra.
- Deutschland, Heinz (1993): Gedanken/Bemerkungen zur Aufarbeitung der Geschichte des FDGB, seiner IG/Gew., Bö. 8.2.1993/überarbeitete u. erweiterte Fassung, 13.2.93 (Manuskript 5 Seiten, Privatarchiv D. Brunner).
- Dowe, Dieter/Kuba, Karlheinz/Wilke, Manfred (2009): Eintrag Tisch, Harry. In: FDGB-Lexikon, http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/rahmen/lexikon_frame.html (Abruf am 28.5.2021).
- Eckelmann, Wolfgang/Hertle, Hans-Hermann/Weinert, Rainer (1990): FDGB Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED. Berlin: Treptower Verlag.
- Eichler, Uwe (2020): Gedenken an »eine Gewerkschaft für alle«. Main-Post, 5.11.2020, www.mainpost.de/regional/schweinfurt/gedenken-an-eine-gewerkschaft-fuer-alle-art-10524511 (Abruf am 28.5.2021).
- FDGB (1945): »Die Gewerkschaftseinheit und unsere Zukunft«. In: Schulungs- und Referentenmaterial 2.
- FDGB (1946): »Einige Lehren aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung«. In: Schulungs- und Referentenmaterial 20.
- FDGB/DGB (1987): Vereinbarung zur Weiterführung der Beziehungen zwischen dem FDGB und dem DGB, Berlin, den 29. Mai 1987. In: BArch-SAP-MO DY 34/13271, Bl. 93 f.
- Fichter, Michael/Kurbjuhn, Maria (1993): Spurensicherung. Der DGB und seine Gewerkschaften in den neuen Bundesländern 1989–1991. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Fugger, Karl (1949): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Eine kurzgefasste Darstellung. Berlin: Die Freie Gewerkschaft.
- Gill, Ullrich (1989): Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie, Geschichte, Organisation. Opladen: Leske + Budrich.

- Grebing, Helga/Hemmer, Hans-Otto/Christmann, Gottfried (Hrsg.) (1993): Das Holzarbeiterbuch. Die Geschichte der Holzarbeiter und ihrer Gewerkschaften. Köln: Bund-Verlag.
- Hachtmann, Rüdiger (2012): Rezension von: Thomas Schaufuß: Die politische Rolle des FDGB-Ferienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat, In: sehepunkte 12, H. 9, www.sehepunkte.de/2012/09/21250.html (Abruf am 28.5.2021).
- Heckmann-Jan, Kirsten (2017): FDGB-Ferienstes vor 70 Jahren gegründet. Deutschlandfunk Kultur, Kalenderblatt, 20.3.2017, www.deutschlandfunkkultur.de/fdgb-ferienstes-vor-70-jahren-gegruetet-staatlich.932.de.html?dram%3Aarticle_id=381653 (Abruf am 28.5.2021).
- Hildebrandt, Jens (2010): Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969. St. Ingbert: Röhrig.
- Hübner, Peter (1995): Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970. Berlin: Akademie Verlag.
- Hürtgen, Renate (2005): Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb. Köln: Böhlau.
- IG Chemie-Papier-Keramik/IG Bergbau und Energie/Gewerkschaft Leder (1996): Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1950 (1996). Anspruch und Wirklichkeit. Arbeitstagung am 1. März 1996. Hannover.
- Initiative für unabhängige Gewerkschaften (1989): Aufruf, www.ddr89.de/iug/aufruf.html (Abruf am 28.5.2021).
- Kittner, Michael (2019): Autonome Handlungs- und Konfliktfähigkeit von DMV und IG Metall. In: Hofmann, Jörg/Benner, Christiane (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Frankfurt am Main: Bund, S. 101–226.
- Kleßmann, Christoph (2007): Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971). Bonn: Dietz.
- Koch, Werner (2017): Der FDGB – ein Bund von über 9 Millionen – 2,5 Millionen davon in ehrenamtlichen Funktionen aktiv. Das war der FDGB. Berlin: Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e. V. (VFDG), www.gewerkschaften-in-deutschland.de/app/download/7097828211/Gewerkschaften+in+der+DDR.pdf (Abruf am 9.9.2021).
- Kohl, Heribert (1993): Auf Vertrauen bauen. 125 Jahre Baugewerkschaft. Köln: IG Bau-Steine-Erden.
- Lange, Gunter (2020): Kriegsende 1945. Neubeginn ohne Stunde Null. Wiederaufbau der Gewerkschaften, www.dgb.de/themen/++co++4c4c71cc-8611-11ea-99c0-52540088cada (Abruf am 28.5.2021).

- Lausch, Walter/Holler, Ulrike (1989): RIAS-Reportage zum Besuch von Harry Tisch in der Bundesrepublik, 12. September 1989, Archiv Deutschlandradio, Spätreport, www.chronik-der-mauer.de/chronik/_year1989/_month9/?month=9&year=1989&opennid=171903&moc=1 (Abruf am 28.5.2021).
- Lindner, Lothar/Hunger, Hermann (1997): Die Industriegewerkschaft Bau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949. Die Industriegewerkschaft Bau-Holz in der Deutschen Demokratischen Republik 1950 bis 1990. Frankfurt am Main: Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt.
- MDR (2020): Der Feriendienst des FDGB, 9. Oktober 2020, www.mdr.de/zeitreise/stoebern/damals/feriendienst-des-FDGB100.html (Abruf am 28.5.2021).
- Müller, Stefan (2018): Deutschlandpolitik der Gewerkschaften in den 1980er Jahren. In: Brunner, Detlev/Kuhnhenne, Michaela/Simon, Hartmut (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation. Bielefeld: transcript, S. 17–43.
- Müller, Werner (Hrsg.) (2007): Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946–1948. Bonn: Dietz.
- Schaufuß, Thomas (2011): Die politische Rolle des FDGB-Feriendienstes in der DDR. Sozialtourismus im SED-Staat. Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 43. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneider, Horst (2013): Auflösung des FDGB, Oktober 1989 bis September 1990. In: Podiumsgespräch: Der Prozess der Auflösung des FDGB, Herbst 1989 bis September 1990. Berlin: Verein Freie Deutsche Gewerkschaften e. V. (VFDG).
- Schuhmann, Annette (2006): Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Gewerkschaftliche Erziehungspraxis in der SBZ/DDR 1946 bis 1970. Köln: Böhlau.
- Spode, Hasso (1996): Tourismus in der Gesellschaft der DDR. Eine vergleichende Einführung. In: Spode, Hasso (Hrsg.): Goldstrand und Teutonengrill. Kultur- und Sozialgeschichte des Tourismus in Deutschland 1945 bis 1989. Berlin: Moser, S. 11–34.
- Stadtland, Helke (2001): Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945–1953. Essen: Klartext.
- Vesper, Karlen (2020): Es ist an der Zeit zu kämpfen. Annelis Kimmel über die Gründung der Gewerkschaften vor 75 Jahren, die Auflösung des FDGB und die Attacken auf soziale Errungenschaften heute. In: Neues Deutschland, 12.6.2020, www.neues-deutschland.de/artikel/1137830.es-ist-an-der-zeit-zu-kaempfen.html (Abruf am 28.5.2021).
- Weber, Hermann (1990): 100 Jahre Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik. Von den Verbänden der ungelernten Fabrikarbeiter, der Glas- und Porzellanarbeiter zur modernen Gewerkschaftsorganisation. Köln: Bund.